



Martin Schulz:
Aus Deutschland.
Für Europa.

Freihandelsabkommen nur zu klaren Bedingungen!

Ein mögliches Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) braucht klare, verbindliche und transparente Regeln und Standards. Die SPD nimmt die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger, der Gewerkschaften und vieler weiterer Organisationen der Zivilgesellschaft sehr ernst.

Unsere Position zum Thema TTIP ist eindeutig:

- Das transatlantische Freihandelsabkommen bietet Chancen für Innovationen, Wachstum und damit für neue sichere Arbeitsplätze in ganz Europa.

Aber: TTIP braucht einen klaren politischen Rahmen und transparente Verhandlungen.

- Das Abkommen muss zusätzliche Beschäftigung schaffen.
- TTIP darf weder soziale und arbeitsrechtliche Standards untergraben, noch darf es zu einer Absenkung unserer daten-, verbraucher- und umweltschutzrechtlichen Standards führen.
- Mit der SPD wird es kein Klagerecht für Unternehmen vor Geheimgerichten zu Lasten des Allgemeinwohls geben.
- TTIP darf nicht hinter verschlossenen Türen verhandelt werden. Die Öffentlichkeit muss umfassend informiert und beteiligt werden.

Die Menschen können darauf vertrauen, dass die SPD sich für eine soziale und ökologische Umsetzung des Freihandelsabkommens einsetzt.

Martin Schulz: „TTIP kann zum Hebel für eine politische, soziale und ökologische Gestaltung der Globalisierung werden und neue Arbeitsplätze schaffen. Dafür steht die europäische Sozialdemokratie!“

**Deshalb am 25. Mai:
Ihre Stimme für Martin Schulz und die SPD!**

Europa neu denken.



Sven Giegold

**GRÜN FÜR EIN
BESSERES EUROPA**

EU-US-Handelsabkommen (TTIP) stoppen: Es bedroht die Europäische Demokratie.

Es ist eine Gefahr für die Demokratie und wird hinter verschlossenen Türen verhandelt. Die SPD und Martin Schulz warnen öffentlich vor dieser Gefahr, aber immer wenn es darauf ankommt, stimmen sie für Lobbyinteressen und gegen Transparenz.

- 2013 hat die Fraktion der Sozialdemokraten im EU-Parlament fast geschlossen für das Verhandlungsmandat gestimmt. Es ermächtigt die Kommission, hinter verschlossenen Türen mit den USA zu verhandeln.
- im deutschen Koalitionsvertrag bekennt sich die SPD eindeutig zu TTIP:
„So werden wir beispielsweise den Abschluss eines Freihandelsabkommens mit den USA vorantreiben.“
- die SPD hat im EU-Parlament im April 2014 mit Konservativen und Liberalen für ein Klagerecht für Konzerne gestimmt. Das erlaubt es Unternehmen, Staaten um Schadensersatz für höhere Umwelt- und Verbraucherstandards zu verklagen. Die Kosten trägt dann die Allgemeinheit.
- die Handelsabkommen aus verhandelten EU-Abkommen mit Singapur und Kanada erhalten auch Konzernklagerechte. Die Große Koalition stört das nicht.

Martin Schulz sagte im TV-Duell:

„Wenn ich Kommissionspräsident bin, werde ich das Verhandlungsmandat veröffentlichen.“

Danke Herr Schulz, aber das haben Grüne EU-Abgeordnete bereits im März getan:

<http://www.ttip-leak.eu/>

Die Menschen können nicht darauf vertrauen, dass sich die SPD für eine soziale und ökologische Umsetzung des Handelsabkommens einsetzt. Die Grünen hingegen fordern den Stopp dieses Abkommens: Gegen Umweltdumping und Konzernjustiz!

**DESHALB AM 25. MAI:
IHRE STIMME FÜR BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

